

Beschluss (vorläufig) AfD-Verbot

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

- 1 Das vor 75 Jahren in Kraft getretene Grundgesetz mit seiner Verankerung von
- 2 Grundrechten, Schutz von Minderheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gilt
- 3 es mit allen Kräften zu verteidigen. Das Grundgesetz gibt uns aus der Erfahrung
- 4 der Nazi-Diktatur heraus die Mittel dafür. Es ist die Verantwortung aller
- 5 demokratischen Parteien, des Bundestages, des Bundesrates und der Länder sowie
- 6 der Bundesregierung, diese Mittel im Kampf gegen Verfassungsfeinde auch zu
- 7 nutzen. Unsere Demokratie ist wehrhaft.

- 8 Es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir begrüßen und unterstützen deshalb im
- 9 Bundestag geplante parteiübergreifende Initiativen als wichtigen Schritt zur
- 10 Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD durch das
- 11 Bundesverfassungsgericht.

- 12
- 13 Wir fordern die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder, insbesondere die
- 14 Innenministerien, auf, unverzüglich zur Vorbereitung und Stellung eines
- 15 Parteiverbotsantrags beizutragen, indem sie dem Bundestag und seinen
- 16 Abgeordneten die für ihre Tätigkeit hier notwendigen Informationen, insbesondere
- 17 eine aktuelle Materialsammlung, auf rasche und zuverlässige Weise verschaffen.

- 18 Dies soll, zusammen mit den vielen und seit langem bekannten Erkenntnissen über
- 19 die AfD und unterstützt durch externen Sachverstand, insbesondere
- 20 zivilgesellschaftlicher Initiativen, als Grundlage dienen für eine von
- 21 Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung, gegebenenfalls gemeinsam, beim
- 22 Bundesverfassungsgericht endlich zu beantragende Entscheidung, dass die AfD
- 23 verfassungswidrig ist.

- 24
- 25 Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, besonders auch ihre grünen Mitglieder,
- 26 werden aufgefordert, einen solchen Antrag zu unterstützen.